

Direktwahl der Landräte: Alles nur eine Frage der Macht

Von Bernd Arnsberg

Es war am Rande einer langweiligen Vortragsveranstaltung, da entspann sich folgender Dialog zwischen zwei Christdemokraten: A: „Kannst Du das mal unterschreiben“ B: „Was ist denn das?“ A: „Eine Unterschriften-sammlung.“ B: „Wofür?“ A: „Für die Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten.“ B: „Da bin ich gegen.“ A: „Ich auch, aber der CDU-Landesvorstand möchte, dass wir Unterschriften sammeln.“ B: „Na gut, gib her, ich unterschreib.“

Das war Anfang der 90er Jahre. Damals bekam die CDU aufgrund der Nachwirkungen der so genannten Barschel-Affäre bei Wahlen kein Bein auf die Erde. Sogar im tiefstschwarzen Wahlkreis der Ämter Hörnerkirchen und Rantzaun holte die Sozi-

aldemokratin Sabine Hamer das Landtags-Direktmandat. Ähnlich sah es in den Kreistagen und den politischen Vertretungen der Städte aus. Und da die hauptamtlichen Bürgermeister und die Landräte von den politischen Vertretungen gewählt wurden, hatte die Union praktisch keine Chance, einen der Iahren auf einem dieser Posten zu platzieren. (Auch) deshalb erschien die Einführung der Direktwahl als probates und damals einziges Mittel, mit Hilfe der Bürger Christdemokraten auf den einen oder anderen Bürgermeister- oder Landratsessel zu bekommen.

Es unterschrieben viele Men-

schon die Listen. Schließlich sahen sich auch die Sozialdemokraten genötigt, den Vorschlag zu unterstützen. Gegen das Vorhaben, den schon damals zunehmend politikverdrossener werdenden Menschen mehr Mitwirkungsrechte zu geben, ließ sich schwer argumentieren. Vielen SPD-Politikern gefiel das denn noch nicht, denn es bedeutete Abgabe eines Teils von gerade (wegen Barschel) neu gewonnenen Macht. Die Genossen aus dem Kreis Pinneberg, angeführt vom Kreisvorsitzenden Hannes Birke und dem damaligen Landrat Berend Harms, kämpften bis zuletzt dagegen - vergeblich. 1995 beschloss der Landtag die

Direktwahl. Die Kalkulation der CDU ging auf. In zahlreichen Stadt- und Kreisverwaltungen standen bald CDU-Leute an der Spitze der Verwaltungen. Sogar im knallroten Kiel wählten die Bürger eine CDU-Frau zur Bürgermeisterin.

Mittlerweile hat sich die politische Lage gewandelt: Die CDU hat - gemeinsam mit der FDP - in den Kreisen die Nase vorn. Und auch im Landtag gab es einen Meinungsumschwung: Im Zuge der Debatten über eine mögliche Zusammenlegung von Landkreisen landete plötzlich die Direktwahl der Landräte (an die der Bürgermeister wagt sich (noch) niemand heran) in der

schwarz-roten Verhandlungsmasse. In der SPD war die Zahl der Direktwahlfans nie besonders groß. In der CDU ist sie mit den Erfolgen bei den Kommunalwahlen gesunken. Der Kieler Koalitionsausschuss hat sich bereits für die Abschaffung der Landrats-Direktwahl ausgesprochen, vorbehaltlich der Zustimmung der Parteitage. Der Pinneberger Kreisvorsitzende Ole Schröder will an der Direktwahl festhalten („man kann den Bürgern nicht erst demokratische Rechte geben und sie ihnen dann wieder wegnehmen“), doch das sehen viele in der CDU anders. Als Grund wird stets die geringe Wahlbeteiligung ge-

annt. Es dürfte noch etwas anderes dahinterstecken: Macht. Mit der Abschaffung der Direktwahl würde wohl eine weitere Änderung der Kommunalverfassung einhergehen. Der Hauptausschuss, jetzt eine Art Aufsichtsrat der Verwaltung, könnte wieder erwaltungsleitendes Organ werden. Mit anderen Worten: Die Verwaltung bekommt weniger, die Kommunalpolitik mehr Macht. Und da die Politik entscheidet, ist die Abschaffung der Direktwahl von Landräten sehr wahrscheinlich.

Merke: Wenn es Politikern nützt, geben sie sogar einen Teil ihrer Macht an die Bürger ab. Gibt es diesen Nutzen aber nicht mehr, sind sie bereit, den Bürgern diese Rechte gnadenlos wieder abzunehmen.